

Dr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
sechsmaliger Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale- und Zeitung“ eingetragen
Für unverlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Bl.“ gestattet.

Verleger der Zeitung Nr. 2535, bei
Hermannstr. 25, 32; Geschäftsstelle Nr. 176;
Verantwortliche (Herrn) Nr. 2266.

Saale-Beitung.

Neunundbrechzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder beim
Lauf mit 20 Pfg., (solche aus Halle mit
10 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unterm Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Restanten die Seite 75 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst postfrei täglich.
Schreibleitung und Druck-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Redaktionsstelle: Markt 24.

Nr. 519.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 4. November

1905.

Politische Wochenschau.

Die Fleischnot-Audienz der Wobnung des Deutschen
Städteges beim Reichsanwalt ist ergebnislos verlaufen.
Mit „weiteren Erwägungen“ und „Zurage ernstlicher Auf-
merksamkeit“ wurden die städtischen Verträge abgelehnt. Ob
sie wohl wirklich glaubt hatten, ihr Erscheinen bei dem Fürsten
Wilhelm werde genügen, um die Dehnung der Grenzen zu be-
wirken? Ihr Besuch beim Reichsanwalt machte fast den
Eindruck, als sollte dem Volke Komödie vorgepielt werden;
der Eindruck verdrückt sich, wenn man erfährt, daß die Ein-
berufung des Stadteges nicht etwa sofort, sondern erst
Ende November — am 27. — erfolgen soll. Das ist die
selbe Versögerungspolitik, die der Landwirtschaftsminister
mit seiner Enquete einleitete. Die Fleischpreise wollen einen
außerordentlichen Verbandstag einberufen, um gegen den
Vorschlag des Fürsten Wilhelms, kommunale Fleischverordnungen
zu erlassen, zu protestieren. Für den Sozialisten-
führer, als den sich der Reichsanwalt bisher gab, ist in der
Zeit kein sozialistisch-kommunistischer Vorstoß zur Beseitigung
der Fleischnot außerordentlich.

Auch mit dem deutsch-amerikanischen Handels-
vertrag beschäftigt sich Fürst Wilhelms. Er ließ sich von
dem Berliner Vertreter der „Associated Press“, Herrn Elmer
Roberts, interviewen und betonte die Bereitwilligkeit des
Reiches, auf der Grundlage des neuen Politaris auf dem
Zustandekommen eines Gegenseitigkeitsvertrages zu arbeiten.
Der deutsche Botschafter Graf von Stenbock ist beauftragt,
die Vorschläge der deutschen Regierung den amerikanischen
Vertretern zu unterbreiten. Die Haltung der Vereinigten
Staaten ist noch nicht klar zu erkennen. Es dürfte aber
vorausichtlich gelingen, die einer politischen Verständigung
im Wege stehenden Schwierigkeiten zu beheben. Wie ein
Hamburger Blatt wissen will, hat die Regierung der agrari-
schen Mehrheit des Reichstages gegenüber ein starkes
Prekossmittel in der Hand behalten, um ihren Willen in
den deutsch-amerikanischen Verhandlungen durchzusetzen.
Es hat den amerikanischen Beschäftigungserwartung nicht
gekonkret. Die Unterstellung, der Klärung beweis, wie
sehr die Regierung glaubt, den Agrariern bei den deutsch-
amerikanischen Handelsvertrags-Verhandlungen misstrauen zu
müssen.

Zu der aktuell gemeldeten Dezentralisierungsfrage nahm
jetzt auch die brandenburgische Provinzialsynode Stellung.
Dabei ließ es sich die Linke diesmal nicht nehmen, ihren
Standpunkt eindeutig zu verteidigen. Sie geriet auf der
Brandenburger Synode gegenüber der Orthodoxie in die
14 Mann starke „Gruppe der Linken“ und die etwas stärkere
Gruppe der evangelischen Vereinigung. Abg. Schwabe,
einer der Sprecher der ersten Gruppe, betonte mit Recht,
daß die moderne Theologie es ist, die neues religiöses
Leben gewahrt habe. Er führte aus, daß man ein uner-
trägliches Demagogentum großziehe, wenn man den
Oberkirchenrat dränge, den Anträgen der Mehrheit nachzu-
geben. Außerdem bestritt er den Synoden das Recht, sich
als wahre Vertreter der Ansichten in den Gemeinden hinzu-
stellen, da auf etwa 60.000 Laien nur ein Laiensynodale
komme, während auf 14 Seelsorger ein geselliger Synodale
entfalle. Sie schaffte die Orthodoxie ihren Standpunkt
vertritt, desto fester wird auch der Widerspruch, der sich
gegen ihre Haltung entwidelt, und der im Protestantentum
organisiert wird.

Der Hochschulkonflikt ist in Charlottenburg wieder
von neuem ausgebrochen. Der Rektor der dortigen Hoch-
schule teilte in Beantwortung eines Gesuches der Vertretung
der Studentenschaft mit, daß er die Genehmigung der
Sakungen des Verbandes von der Befreiung des Institutes
„nicht konfessionell“ abhängig machen müsse. Das ist nötig
war, diese Forderung zu erheben, wird man wohl nicht be-
haupten wollen. Vermutlich ist die Haltung des Rektors
auf kulturministerielle Wünsche zurückzuführen. Die Char-
lottenburger Studentenschaft hat nun in einer Verammlung
einen einmütigen Protest gegen das Vorgehen des Rektors
beschlossen, und so wird die Angelegenheit auch dieses
Wintersemester wieder von neuem die Gemüter in Aufregung
versetzen.

Der Mod der Linken, den die liberalen Parteien mit
den Sozialdemokraten bei den Stichwahlen in Baden ab-
geschloffen haben, hat dahin geführt, daß die Sozialdemokraten
die Zahl ihrer Mandate verdoppelt haben, während die
liberalen Parteien — einen bemerkenswerten Zuwachs nicht er-
hielten, vielmehr sogar eine rückläufige Stimmenzahl zu
verzeichnen haben. Man muß daher sagen, daß sich das
Wahlbildnis nicht voll ändert hat. Freilich ist es immerhin
besser, daß das jetzige Resultat erzielt worden ist, als daß
durch ein sozialistisch-ultramontanes Wahlbildnis, wie es
das Zentrum einbringen vorbrachte, eine ultramontane Mehr-
heit gebildet worden wäre.

Das größte Aufsehen erregte ein Vorgang innerhalb der
sozialdemokratischen Partei, der die großen Gegen-
sätze prinzipieller und persönlicher Art, die in Jena bezeugt
zu sein scheinen, mit einem Male in hellstem Lichte erscheinen
ließ; die Palastrevolution im Vorwärts, Parteivorstand
und Pressekomitee haben in Gemeinschaft mit der Ver-
treterchaft von Großberlin in geheimen Beratungen ein
Komplot geschmiedet, wie sie am besten die alte Redaktion
des Vorwärts mundtot machen und eine neue Redaktion,
die ihr mißliebigen Werkzeug ist, an deren Stelle setzen
können. Die Vorgänge erinnern an die Beratungen der
Seitigen Feme des Mittelalters. Es wurde mit einer
beispiellosen Brutalität verfahren; jedes menschliche Recht
der Verteidigung und Rechtfertigung wurde den Ver-

gewaltigten abgeschnitten und schließlich wurden die alten
Parteiengenossen, die zum Teil viele Jahre und Monate
Gefängnis in Dienste der Partei auf sich genommen hatten,
von dem Pressebureau wegbred, dem treuesten Anhänger
Webers, sogar noch des Parteivertrats beseitigt, deshalb,
weil sie den Vertrag gemacht hatten, offen vor ihrer Partei
gegen den Parteivorstand die Anklage wegen Durchbrechung
der Parteiprinzipien zu erheben, ein Versuch, der ihnen auf
hinterlistige Weise abgeknippt wurde. Das auch diesmal
Weber wieder liegen wird, ist bei der großen Popularität,
die er in seiner Partei genießt, zweifellos. Aber von den
Genossen kennt Einer und die übrigen Männer der Feder.
Nicht die Feder, sondern der Mund regiert in der Sozial-
demokratie, nicht Nachdenken und Vernunft haben über das
Volk Gewalt, sondern die Geste und die Phrase. Es ist
nun interessant zu beobachten, wie sich die neue Vorwärts-
redaktion Verhält, den Ton der Mißbilligung zu treffen,
der von der sozialdemokratischen Presse zuerst verlangt wird.
Ein sehr eigenartiger Bildungsquerschnitt immerhin, die Aus-
bildung der Masse zu Mißbill!

Der sogenannte deutsch-amerikanische Professoren-
austausch hat mit dem Beginn der Vorlesungen des
Amerikaner Neobody an der Berliner Universität begonnen.
Große Bedeutung vermögen wir dem Experiment nicht be-
zulegen. Es dient mehr dem allgemeinen Bekanntwerden
des Namens einzelner Professoren als der Beseitigung
national-geogr. wirtschaftspolitischer Gegensätze. Als Gast
des Reiches weilt auch der König von Griechenland
in Berlin; es ist genö, daß sowohl die freireichliche Frage zur
Erörterung gelangt sein wird, wie alle Probleme der Balkan-
politik, einschließlich des rumänisch-griechischen Konfliktes.
Der König begibt sich demnächst nach Paris und London.
Die Forts hat in ihrem Konflikt mit den Großmächten
wegen der macedonischen Finanzreform die deutsche
Regierung um Vermittlung angehen. Man wird also
einer neuen interessanten Wiederaufnahme der Behandlung
der orientalischen Frage entgegensehen.

Das Deutsch-England-Verhältnis ist sehr gut zu einem
freundlichen Einvernehmen gelangen können, hat der britische
Staatssekretär für Indien, Brodrick, in längerer Rede aus-
sage erlassen. Fürst Wilhelms bezeichnet es in einem Briefe
an Sidney Wilson als abjurd, daß er gegen Lord
Barnardiston in der „Neuen Freien Presse“ habe schreiben
lassen oder daß er sonstige gegen ihn intrigiere. Auch
gegen die russisch-englische Annäherung hat die
deutsche Regierung nichts einzuwenden. Wie wiederholt
die Deutsche Reichsregierung ist, beweist die Tatsache, daß sie an
die übrigen Mächte die Frage gelangen ließ, ob Bereit-
willigkeit bestünde, die fremden Garnisonen aus China
zu rüdzuführen. Dieser Schritt der deutschen Regierung,
der die Billigung Frankreichs, Japans und Englands ge-
funden hat, ist als eine sehr bedeutsame politische Maß-
nahme auf internationalem Gebiete mit großer Genugtuung
zu begrüßen.

Ein eklatanter russischer Grenzübergang zeigte die
Verbesseerungsbedürftigkeit der Bestimmungen, welche
Aufsicht zur Bewachung der deutsch-russischen Grenze getroffen
hat. Hauptsächlich wird die deutsche Regierung mit Nachdruck
Abhilfe der Mißstände fordern. In Ungarn hat Baron
Fischer v. Selye ein Regierungsprogramm dargelegt, das eine
Ansumme von Reformen in Aussicht stellt, an ihrer Spitze
die Einführung des allgemeinen gleichen gebelimen und
direkten Wahlrechts. Die neue fortschrittliche Partei, welche
auf Grund dieses Programms gebildet werden soll, ist noch
im Entstehen begriffen. In Deutschland beginnt die sozial-
demokratische Partei einen entschiedenen Schwung zur Er-
oberung des allgemeinen Wahlrechts. Sie will eventuell
den Generalstreik inisieren. Bisher fanden Straßen-
demonstrationen in allen größeren Städten, so auch vor
der Hofburg in Wien, statt, wobei es zu heftigen Zusammen-
stößen mit der Polizei gekommen ist.

In Schweden und Norwegen hat sich die Unions-
trennung nun vollzogen. König Oskar richtete an das
Storting in Christiania ein Abschiedsschreiben. Am 1. Nov.
wurde in Schweden die reine schwedische Flagge gehißt. Die
schwedisch-norwegischen Konsulate wurden aufgehoben und
durch schwedische bzw. norwegische ersetzt. Deutschland,
Dänemark und Frankreich haben den jungen Staat Norwegen
bereits anerkannt, dessen größte Sorge es dieser Tage war,
welche Staatsreform er wählen solle. Nachdem das Storting
den Antrag auf Volksabstimmung abgelehnt hat, ist die
Wahl des Reichens Karl von Dänemark zum Könige nicht
mehr zweifelhaft.

Gleich nach Präsident Doublts Abreise aus Madrid brach
in Spanien eine Ministerkrisis aus. Die dadurch be-
seitigt wurde, daß Montera Rios von neuem die Kabinets-
bildung übernahm. Präsident Doublt absolvierte sodann in
Begleitung Nowiers seinen portugiesischen Besuch, wobei er
den König von Portugal einlud, im November Paris
zu besuchen. Der König sagte zu und wird seinen Berliner
Besuch gleich daran anschließen. Für heute steht in Berlin
der Besuch des Königs Alfons von Spanien bevor,
der auch Hannover, Magdeburg und Minden besuchen
wird, um sich von da nach Wien zu begeben.

Frankreichs Venezuela-Konflikt ist noch immer
nicht beigelegt, um großen Leidens der Union, der die
Venezueladiktatur keine allzu angenehme Rolle spielt. Der
englische Flossenbesuch an der amerikanischen Küste
und das Wiederauftreten der Ruin und Landdifferenzen
zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind
in übrigen die beiden bemerkenswerten Ereignisse jenseits
des Ozeans.
Rußland hat sich am Montag unter dem Absolutismus

schlafen gelegt, um am Dienstag mit der Konstitution
zu erwachen. Der Jar hat sich wirklich in einem Manifest
der Selbstherrlichkeit entäußert, nachdem er 11 Jahre
lang absoluter Herrscher gewesen ist. Nun toll Mitte, der
für die Konstitution eingetreten war, von heute auf morgen
Ordnung schaffen. Aber das Volk glaubt zum großen Teil
nicht an die Aufrichtigkeit des Manifestes. Es verlangt
Garantien, Auslieferung der politischen Gefangenen, Amnestie,
Einführung des allgemeinen gleichen gebelimen und direkten
Wahlrechts für die konstituierende Duma usw. Die Pres-
sensfreiheit wurde nur einseitig bewilligt. Man kann sie ja
am leichtesten wieder aufheben lassen. Man kann sie ja
wieder geopfert. Sein Entlassungsgeheim wurde angenommen.
Die Ruhe ist trotz alledem noch nicht wiederhergestellt. Warte
selbst, der sich außerordentlich heftig, behauptet, nicht frei
handeln zu können; die Eisenbahnarbeiter und der Verband
der Verbände sowie die Revolutionäre sind nun mit einem
ganz bestimmten Programm an ihn herangeraten. Glaubt
er es nicht, so geht der Kampf weiter. In Finland, Polen und
in Kaufas hat der Aufruf zu nationalen Separations-
bestrebungen geführt, in Kiev, Odessa, Moskau, Wlinsk und
anderen Orten artete der Konflikt zu ernstlichen Juden-
verfolgungen aus. Eine außerordentlich wichtige Mission ist
die der deutschen Torpedobootdivision und des Kreuzers
„Libel“ nach Petersburg. Es scheint, als begünne erst in
Rußland die Katastrophe, da bisher gar keine Anzeichen,
die zugunsten des Jarentums sprächen, vorhanden sind.
F. W.

Deutsches Reich.

Dol- und Personalnachrichten.

Der Besuch der Kronprinzessin Cecilie in Nürnberg
aus Anlaß der dort am 14. d. M. stattfindenden Einweihung des
Reichsdenkmals ist abgelehnt worden; sie wird ihren
Sommer dorthin nicht begleiten.

Brins August Wilhelm von Preußen wird neueren Ver-
einbarungen zufolge an den am 5. d. M. in Stuttgart stattfindenden
Eingangsfeierlichkeiten nicht teilnehmen, auch ist die Teilnahme des
Fürsten Ferdinand von Bulgarien noch ungewiß, da er
ausgereist ist.

Der Reichsanwalt veröffentlichen die Ernennung des Direktors
im Reichsamt des Innern, Althier, zum Unterstaatssekretär
im Handelsministerium.

Die Wittve des Großadmirals v. Söder ist in Schwerin
i. M. im Alter von 83 Jahren gestorben.

Karl Peters über die deutsche Kolonialpolitik.

An den Wadstüßen des Westens in Berlin sprach in einem
von Berlin deutscher Studenten veranstalteten Vortragabend
Dr. Karl Peters über „Die Ziele der deutschen Kolonialpolitik“.
Er führte eine folgendes aus:
Über die Notwendigkeit einer Kolonialpolitik besteht wohl
kein Zweifel mehr. Eine Nation, die sich um eine Weltmacht
streben will, muß Kolonien, die sie in die Welt hinein
schleift, jährlich vermehren, brauche Kolonialpolitik. Als obersten
Grundsatz stelle er auf, daß die kolonialen Unternehmungen ge-
schäftliche Interessen verfolgen müssen. Die Kolonial-
angelegenheiten müßten Territorialökulationen der Völker
sein. Man habe nun in den abgelaufenen Jahren immer gesagt:
Wir haben nicht so viele Kolonien, das Land ist nicht wert.
Man solle aber nie ein Land mit seiner Oberfläche betrachten.
Die so über die aussehende Lüneburger Heide werde, die sich jetzt
herausgestellt habe, im Erdinneren wertvolle Schätze. Von
diesen Standpunkten aus haben wir auszugehen und so vielen
kolonialen Besitz zu erwerben wie nur möglich. Das Kapital
wird sich nicht so viele Kolonien, das Land ist nicht wert.
Man solle aber nie ein Land mit seiner Oberfläche betrachten.
Die so über die aussehende Lüneburger Heide werde, die sich jetzt
herausgestellt habe, im Erdinneren wertvolle Schätze. Von
diesen Standpunkten aus haben wir auszugehen und so vielen
kolonialen Besitz zu erwerben wie nur möglich. Das Kapital
wird sich nicht so viele Kolonien, das Land ist nicht wert.

Die zweite Lebensfrage für die Kolonien sei die Schaffung
von Verbindungen des Binnenlandes mit der Welt.
In den Kolonien empfindet, so sei er andererseits der Meinung,
daß die Eingeborenen bis auf weiteres zu behandeln seien
als eine unterworfenen Rasse, die wir erst in einer
höheren Kulturstufe erleben müssen. Die theoretische Emanzipa-
tion unserer schwarzen Bevölkerung zu Selbstbürgern ist noch
nirgendes erfolgreich gewesen und führt zu Verwilderungen, wie
wir sie jetzt in Südwestafrika und Ostafrika sehen. Die schwarze
Arbeit mußte so organisiert werden, daß der weiße Unternehmer
sie benutzen könne. Dadurch werde man den Negern zu einer
höheren Zivilisation erziehen. Unsere deutsche Armeekorpsorganisation
ist ein vorzügliches Vorbild für die Organisation der schwarzen
Arbeit. Es solle aber kein reichendes Meer sein, sondern ein
ausreichendes Meer. „Trugheim“, Fuß Petrus sei, „bin ich
natürlich für eine gute Behandlung der Schwarzen. Sie sollen
eine gewisse Erziehung erhalten, sollen auch Gien freigen und
jeder soll logen seine Frau bekommen. Sie sollen auch nur fünf
Jahre arbeiten. Man bleibe doch mit allgemeinen Humanitäts-
prinzipien weg! Man darf dem Neger nicht die Gelegenheiten geben,
zu insulieren, was der Neger nicht hat. Man handelt in den Kolonien
wie mit feinem Goldzwang. Jeder Schwarze und kein macht
an sich glücklich.“

Der Redner erwähnte die äthiopische Bewegung in
Afrika und ferner die indische und chinesische Revolutionen, die sich
wohl zeigen. „Mit diesen bedürftigsten Völkern können wir nicht
konkurrieren! Deshalb muß den Schwarzen gegenüber eine
Konkurrenz, um nicht zu sagen Konkurrenz, Politik getrieben
werden.“

